

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Stadtrates Wörth a. Main am 27.Mai 2020
in der Aula der Grund- und Mittelschule

Zu der Sitzung waren alle Stadträte ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind der erste Bürgermeister und 14 Stadtratsmitglieder. Stadträtin Zethner und Stadtrat Denk fehlten entschuldigt.

Ferner war anwesend: VR A. Englert, Protokollführer

Die Sitzung war öffentlich von TOP 1-7, nichtöffentlich ab TOP 8 und dauerte von 19.00 Uhr bis 21.20 Uhr. Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt.

1. Bürgerfragestunde

Während der Bürgerfragestunde wurden keine Anliegen an den Stadtrat herangetragen.

2. Genehmigung der Niederschriften über die Stadtratssitzung am 13.05.2020

Der Stadtrat beschloß die Niederschrift über die Stadtratssitzung am 13.05.2020 zu genehmigen.

3. Bestätigung der Einsetzung des Ferienausschusses für den Zeitraum bis 30.04.2020

Aufgrund der epidemiologischen Gesamtsituation konnten die für den 25.03. und 22.04.2020 geplanten Stadtratssitzungen nicht stattfinden. In Übereinstimmung mit einer entsprechenden Empfehlung des Bayerischen Innenministeriums vom 20.03.2020 hatte die Verwaltung deshalb in einem Umlaufverfahren mit dem vormaligen Stadtrat die Einsetzung des Ferienausschusses bis zum Ende der Wahlperiode vereinbart. Dieser hat am 29.04.2020 getagt und Beschlüsse zu verschiedenen dringenden Punkten gefaßt.

Formell ist das gewählte Verfahren zur Einsetzung des Ausschusses gesetzlich nicht vorgesehen. Angesichts der absoluten Ausnahmelage hatte das Innenministerium dies dennoch als pragmatische Lösung eingestuft, dabei aber dringend empfohlen, die Einsetzung nachträglich durch „normalen“ Beschluß zu bestätigen.

Der Stadtrat beschloß, die Einsetzung des Ferienausschusses zu genehmigen.

4. Neubau der Kindertagesstätte Bergstraße - Vorstellung der Planung

Im Rahmen der konstituierenden Stadtratssitzung am 13.05.2020 war der Vorschlag geäußert worden, die Planungen für die neue Kindertagesstätte an der Bergstraße nochmals im Stadtrat vorzustellen.

Bgm. Fath stellte den bisherigen Ablauf des Planungsprozesses ausführlich vor. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie waren zunächst die Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätten in der Triebstraße und der Pfarrer-Adam-Haus-Straße sowie die Umnutzung eines Teils des Pfarrzentrums untersucht worden. Aufgrund wesentlicher funktioneller und finanzieller Vorteile hatte sich danach der Stadtrat im April 2019 für einen Neubau an der Bergstraße entschieden.

Die Planung des Büros Johann+Eck sieht - der aktuellen Bedarfsanerkennung entsprechend - eine dreigruppige Einrichtung vor, deren Grundrißorganisation jedoch eine Erweiterung um ein bis zwei Gruppen bereits vorsieht. Eine der Gruppen ist als Krippengruppe, eine weitere als Kindergartengruppe konzipiert. Die dritte Gruppe kann sowohl als Krippen- als auch als Kindergartengruppe genutzt werden. Das Gebäude wird in Massivbauweise eingeschossig mit einem begrünten Dach realisiert werden. Die Kosten werden auf etwa 3,5 Mio. € bei einer bereits in Aussicht gestellten Förderung durch den Freistaat in Höhe von knapp 2 Mio. € berechnet.

Die Nachrüstung mit einer Photovoltaikanlage ist planerisch vorgesehen, eine Regenwassernutzung jedoch aus hygienerechtlichen Gründen nicht möglich.

Die beteiligten Büros sind derzeit mit der Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für den ersten Vergabeblock befaßt. Dabei sind Kostenverschiebungen zu erwarten. Während für die Haustechnik ein Einsparpotential von etwa 50.000 € ermittelt wurde, ist für die Verlegung einer falsch kartierten Bestandwasserleitung, für eine denkbare Entwässerung im Trennsystem sowie für die Abfuhr belasteten Bodenmaterials mit Mehraufwendungen zu rechnen.

Baubeginn ist für die zweite Augushälfte vorgesehen, die Bauzeit wird ca. 12 Monate betragen.

Auf Anfrage von Stadtrat Turan teilte Bgm. Fath mit, daß für die Einrichtung eine teildezentrale Lüftungsanlage vorgesehen ist, deren Dimensionierung sich aus den Anforderungen der Energieeinsparverordnung ergibt. Eine Vollklimatisierung wird jedoch nicht erfolgen. Die Küchenausstattung ist wie in den bestehenden Kindertagesstätten auf die Belieferung durch einen Drittanbieter ausgelegt. Nach der Untersuchung verschiedener Alternativen (Gas, Holzhackschnitzel) wurde für die Beheizung eine Luftwärmepumpe ausgewählt.

Die Vergleichsberechnungen zum Heizsystem sollen den Stadtratsmitgliedern übermittelt werden.

Auf Anfrage von Stadträtin Şirin und Stadtrat Wetzel bestätigte Bgm. Fath, daß die geschätzten Kosten auch den vollständigen Innenausbau und die Möblierung (diese mit einem Ansatz von 20.000 € je Gruppe) beinhalten.

Der Eigenanteil der Stadt und die Betriebskosten sind im Haushaltsplan 2020 und der Finanzplanung für die Folgejahre berücksichtigt.

Stadträtin Şirin regte an, Sponsoren und Stiftungen wegen einer finanziellen Unterstützung anzusprechen. Bgm. Fath wies darauf hin, daß Bau und Betrieb der Kindertagesstätten in Wörth traditionell vollständig von der Stadt verantwortet werden. Zudem sind derzeit Stiftungen aufgrund der Zinssituation kaum in der Lage, Ausschüttungen vorzunehmen.

Stadtrat Dotzel wies darauf hin, daß der Rollschuhplatz derzeit noch als Sammelplatz für das Seniorenheim im Brandfall genutzt wird. Dieser ist entsprechend zu verlegen.

Der Stadtrat nahm die Vorstellung der Planung entgegen, ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

5. Weiterentwicklung des Friedhofs - Vorstellung der Planung

Die in den letzten Jahren beschleunigt eingetretenen Veränderungen der Bestattungskultur haben die Notwendigkeit einer grundlegenden Weiterentwicklung des städtischen Friedhofs ausgelöst. Der vorhergehende Stadtrat hat hierfür einen entsprechenden Planungsauftrag vergeben und das Ergebnis der Vorplanung gebilligt. Maßgebliche Zielsetzungen sind dabei die Schaffung von Angeboten für neue bzw. stärker nachgefragte Bestattungsformen (Friedwald, Urnenwand, Urnengarten) und die gestalterische Aufwertung der künftig weniger intensiv genutzten Erdgrabflächen.

Aufgrund der langen Ruhezeiten (30 Jahre für Erdbestattungen) ist der Umbau ein mehrjähriger Prozeß, den die Stadt nur begrenzt beschleunigen kann. Unabhängig davon soll bereits im laufenden Jahr mit den ersten Maßnahmen begonnen werden.

Dabei sind die Errichtung von zwei Urnenwänden und die Einrichtung eines Friedwalds neben der Martinskapelle geplant. Im Vorfeld der Sitzung hatte Stadtrat Dotzel angeregt, die Kammern der Urnenwände nur für zwei statt für drei bis vier Belegungen zu planen, da dies dem tatsächlichen Bedarf entspreche. Das planende Büro Trölenberg+Vogt hat dies untersucht und festgestellt, daß je Urnenwand dann bei gleicher Größe sechs Kammern mehr verwirklicht werden könnten.

Stadtrat Salvenmoser und Stadtrat Laumeister wiesen darauf hin, daß die Gesamtkonzeption für die Friedhofsumgestaltung vom Stadtrat noch nicht förmlich gebilligt wurde. Dem hielt Bgm. Fath die wiederholte Beratung im Bau- und Umweltausschuß und die einvernehmliche Veranschlagung entsprechender Haushaltsmittel entgegen.

Die förmliche Billigung der Friedhofsplanung soll in der nächsten Sitzung des Stadtrates zur Beratung gestellt werden.

6. Bekanntgaben

Bgm. Fath gab folgendes bekannt:

- Die Arbeiten an den Baustellen Odenwaldstraße und Kreisverkehr WIKA verlaufen planmäßig
- Der Leitungsbau in der Odenwaldstraße hat die Apotheke erreicht. Diese soll kurzfristig wieder über die Odenwaldstraße und die Ludwigstraße erreichbar sein.
- Für die Sanierung des Radwegs am Betonwerk Diephaus sind keine Zuwendungen zu erwarten.
- Das Genehmigungsverfahren für den Umbau des Bahnübergangs am Betonwerk Diephaus wird derzeit vorbereitet. Nach einer Novellierung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes wird die Stadt voraussichtlich keinen Eigenanteil an den Kosten zu tragen haben.
- Die Neuregelung des Eisenbahnkreuzungsgesetzes gilt nicht für neue Maßnahmen (wie etwa die geplante Überführung am Bahnhof).

7. Anfragen

- Auf Anfrage von Stadtrat Laumeister teilte Bgm. Fath mit, daß der Mainuferradweg im Bereich des Betonwerks Diephaus um etwa 3-4 m landeinwärts verlegt werden und vor der ehemaligen Werkshalle auf die bestehende Trasse zurückschwenken soll. Sobald diese niedergelegt wird, kann die Wegeführung entsprechend begradigt werden. Gegenüber einer Neubaumaßnahme wie in der Presentstraße ist wegen der Eingriffe in bestehende Einrichtungen mit Mehrkosten zu rechnen, die im Haushaltsplan berücksichtigt sind.
- Stadtrat Turan fragte an, ob der Verwaltung Erkenntnisse über den verbotenen Einsatz von Pflanzenvernichtungsmitteln vorliegen. Bgm. Fath gab dazu bekannt, daß die Stadt selbst auf die Verwendung von Glyphosat verzichtet, das Mittel jedoch für den Einsatz in der Landwirtschaft grundsätzlich zugelassen ist. Mit den örtlichen Landwirten wird im Rahmen der Verpachtung städtischer Flächen ein Verzicht auf Glyphosat für diese Grundstücke vereinbart. Ein Landwirt hat in den letzten Wochen auf eigenen Flächen das Mittel eingesetzt. Das Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat die Rechtmäßigkeit grundsätzlich bestätigt. Allerdings wurden durch Fehlbedienung oder Geräteschaden auch städtische Flächen in geringem Umfang mitbehandelt.

Wörth a. Main, den 12.06.2020

A. Fath
Erster Bürgermeister

A. Englert
Protokollführer